Ausgabe 2
2016

EXTRABLATT

Informationen für Erwerbslose
und Menschen mit geringen Einkommen

„Was auch immer geschieht: Nie dürft ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken!“ Erich Kästner

AFD: EINE PARTEI DER KLEINEN LEUTE?

Wir haben es derzeit in ganz Europa mit einem Rechtsruck zu tun. Die Alternative für Deutschland erzielte bei den Landtagswahlen am 13. März 2016 hohe Wahlerfolge. Dabei war das Thema «Flüchtlinge» entscheidend. Die AfD will als «systemkritische» Partei, als «Partei des gesunden Menschenverstandes» erscheinen. Dabei ist die AFD «eine Protestpartei, die die Unsicherheit, Unzufriedenheit und Angst in Teilen der Bevölkerung ausnutzt, um Stimmung zu machen.» [1]

Die «soziale Gerechtigkeit» der AfD in ihrem Grundsatzprogramm:

Die AfD will Deutschland reformieren, dazu wollen sie die Gewerbe- und Erbschaftssteuer abschaffen.

Die Vermögenssteuer lehnen sie ebenfalls ab. Damit dürfte sich die Schere zwischen Arm und Reich vergrößern. Sie wollen eine Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Die Bundesagentur für Arbeit soll aufgelöst und ihre Aufgaben auf kommunale Jobcenter übertragen werden. Die Jobcenter betreuen dann alle Erwerbslosen. Die AfD will eine «aktivierende Grundsicherung» als Alternative zu Hartz IV. Wer arbeitet, habe auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist. Im Programm wird nichts zur Höhe der «aktivierenden Grundsicherung» und dem Verhältnis zum Mindestlohn angegeben, auch nichts zu den Bedingungen oder ob es bedingungslos ist und welches Repressionssystem gelten sollen. Im alten Entwurf, der kurz vor den Landtagswahlen im März bekannt wurde, hieß es noch, dass das Arbeitslosengeld zu privatisieren sei, das Rentenalter zu erhöhen ist, Mindestlohn, gesetzliche Unfallversicherung und Arbeitgeberanteile an der Sozialversicherung abzuschaffen seien.

Was die AfD wirklich will:

- Einen schlanken, aber starken Staat: Die Staatsaufgaben sollen sich auf vier «klassische Gebiete» konzentrieren: «Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung».
- «Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle».
- Leitbild ist die traditionelle Familie: «Mehr Kinder statt Masseneinwanderung».
- Minarette, Muezzinrufe, Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und das Tragen eines Kopftuchs im öffentlichen Dienst sollen verboten werden.
- Sie unterscheiden zwischen «echten Flüchtlingen» und «irregulären Flüchtlingen», die nicht verfolgt würden und keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen können. Das Abschieberecht solle konsequent angewendet werden und vieles schreckliches mehr.

Es geht nicht darum, soziale Ängste zu ignorieren, sondern die Ursachen der sozialen Kluft zu benennen: Die Gründe für Altersarmut, Wohnungslosigkeit und Verdrängung, geringe Löhne und die Ungerechtigkeit in der Gesellschaft. Und wir mussen wirkliche Alternativen aufzeigen.

1 Joachim Bischoff und Bernhard Müller, Sozialismus 4/16

DER KONGRESS ARMUT UND GESUNDHEIT 2016: DEFIZITE DER „ARMEN“ BESEITIGEN STATT VERÄNDERUNG DER VERHÄLTNISSE

Am 17. und 18. März 2016 fand an der TU Berlin der Kongress Armut und Gesundheit statt, der im vergangenen Jahr sein 20-jähriges Bestehen beging. Zwei Veranstaltungen zum Thema Erwerbslosigkeit besuchte ich auf dem Kongreß.
Die Referent*innen der Veranstaltung zum Jobcoaching hatten sich herausgeputzt. Die Männer mit Anzug und Schlips. Die Frauen in Kostüm und weißer Bluse. Sie wollen die Erwerbslosen «abholen in der eigenen Realität». Ihr Projekt «Bridges – Brücken in die Arbeit» ging als «Jobwunder von Görlitz» durch die Medien. Die jungen Arbeitslosen hätten persönliche und fachliche Defizite. 30 Prozent von ihnen zeigten Depressionssymptome. «Misserfolgsorientierte» Menschen würden sich anspruchsvolle Ziele setzen, um dann wieder zu scheitern. Das begleitende Coaching könne helfen, «realistische Ziele» zu entwickeln. Nach den Phasen Profiling und Training folge die Projektarbeit mittels Praktika oder MAE. Und schließlich die Integration in Arbeit.

Ein weiteres vorgestelltes Projekt hieß «AktivAmal 1-Gesundheit im Einzelsetting». Das Programm wurde an der TU Dresden für Erwerbslose entwickelt. Es besteht aus vier Modulen und beinhaltet u.a. «Wie kann ich meine Gedanken verändern?». In der Diskussion wurde von «multiplen Problemlagen» gesprochen, nicht aber von strukturellen und gesellschaftlichen Problemen. Erwerbslose werden vornehmlich als defizitäre Personen wahrgenommen. **Soziale Probleme werden als individuelle Probleme umgedeutet, die Schuld wird den von Armut Betroffenen selbst zugeschrieben.**

«Gesundheit ist gesetzt!?» lautete dementsprechend das diesjährige Motto. Auftakt- und Abschlußveranstaltung widmeten sich dem neuen Präventionsgesetz. Zum Abschluss palaverten einige Vertreter*innen von Krankenkassen, Gesundheitsförderung sowie Politiker wie die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (!) in Brandenburg sehr technokratisch über die Umsetzung des neuen Präventionsgesetzes. Die Präventionsideologie an sich wurde nicht hinterfragt. Die Idee gesundheitlicher Prävention besagt, dass die Verantwortung für Gesundheit und Gesundheitsvorsorge den Menschen selbst übertragen wird. Jede/r soll sich um die eigene Gesundheit bemühen.

Der Kongress sei «wieder bunter geworden», hieß es im Abschlussstatement. Aber nur selten waren auf dem Kongress Initiativen aus der Zivilgesellschaft präsent. Nur im Bereich Globalisierung war das anders. Dort beteiligten sich Organisationen wie Lobby Control, medico international, Verband demokratischer Ärztinnen und Ärzte sowie die BUKO Pharmagruppe. Und die Frage sei nach zwanzig Jahren erlaubt. Wie steht es mit der Partizipation aus, wo sind die von Einkommensarmut Betroffenen? Der Kongress mutiert zunehmend zu einem Fachkongress, wo sich Wissenschaftler, Behördenvertreter, Politiker, die Armutsindustrie (z.B. Wohlfahrtsverbände) und die Gesundheitswirtschaft tummeln. Es ist ein «sich selbst verstärkendes System», von dem Massen von Arbeitsplätzen abhängen. Der Kongress nutzt vornehmlich den Professionellen und eben nicht jenen, die in Armut leben müssen, denn die Ursachen der Armut werden nicht bekämpft und die Frage nach Umverteilung erst gar nicht gestellt. Es soll das Verhalten der Betroffenen verändert werden und nicht die gesellschafltlichen Verhältnisse.
A.S.

DAS INTEGRATIONSGESETZ

Am 13. April 2016 wurden Eckpunkte eines Integrationsgesetzes, dass sich an den Grundsätzen des **Förderns und Forderns** orientiert, beschlossen.
«Ziel des Gesetzes ist es, die Integration der zu uns gekommenen Menschen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt durch staatliche Maßnahmen zu fördern und zugleich von Ihnen **Eigenbemühungen** einzufordern. Für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden 100.000 zusätzliche **Arbeitsgelegenheiten** aus Bundesmitteln geschaffen.
Es wird gesetzlich geregelt, dass die Leistungsberechtigten bei noch festzulegenden Integrationsmaßnahmen **Mitwirkungspflichten** treffen und dass die Ablehnung oder der Abbruch von Integrationsmaßnahmen ohne wichtigen Grund jeweils zu Leistungseinschränkungen im Asylbewerberleistungsgesetz führt.
Für die Betroffenen gilt eine **Wohnsitzzuweisung**. Eine Verletzung der Wohnsitzzuweisung führt für die Betroffenen zu spürbaren Konsequenzen.»

VOLLBESCHÄFTIGUNG ODER FALSCHE STATISTIK?

Die Bundesagentur für Arbeit hat im August 2014 ihre statistische Methode geändert und die Zahl der Beschäftigten nach oben korrigiert. Es gibt plötzlich 414.000 Beschäftigte mehr. Danach haben sich auch unter der Beteiligung des BMAS die statistischen Ämter darauf verständigt, dass es jetzt einfach mehr Beschäftigte gibt und eine geringere Arbeitslosenquote.
Folgende Gruppen gehören jetzt zu den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten:

- Menschen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen oder gleichartigen Einrichtungen.
- Menschen in Einrichtungen der Jugendhilfe.
- Menschen, die ein freiwilliges soziales Jahr, ein freiwilliges ökologisches Jahr oder einen Bundesfreiwilligendienst leisten.
- Nebenerwerbslandwirte werden einmal als Beschäftigte gezählt und einmal als Nebenerwerb.
- Soloselbstständige.
- Ein-Euro-Jobber*innen.

Ehrenamtliche gehören «logischerweise» auch zu den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, sie müssen nur eine Stunde in der Woche beschäftigt sein.

Der DGB hat die neue Statistik der Arbeitsagentur kritisiert: «Das sorgt rein rechnerisch für höhere Beschäftigtenzahlen und eine niedrigere Arbeitslosenquote. An der tatsächlichen Arbeitsmarktsituation ändert sich nichts.»

Die weißen Flecken in der Statistik

Die Arbeitslosenstatistik ist in mindestens zweierlei Hinsicht ungenau: Als «arbeitslos» gelten einerseits Menschen, die bis zu 14 Stunden die Woche arbeiten und auf Leistungen angewiesen sind. Das betrifft auch die sogenannten «Langzeitarbeitslosen». Andererseits tauchen Leistungsberechtigte, die sich in Maßnahmen befinden, krank gemeldet sind, sich um Erziehung oder Pflege von Angehörigen kümmern müssen oder die älter als 58 Jahre sind, nicht in der Arbeitslosenstatistik auf.
Zu den weißen Flecken der Statistik gehören auch Arbeitsuchende, die sich nicht mehr bei der Arbeitsagentur melden, weil sie mit einer Partnerin oder einem Partner zusammen leben. Sie erhalten kein ALG II, weil der/die Partner/in ein zu hohes Einkommen hat. Bei Stress mit der Arbeitsagentur, weil z.B. eine gemeinsame Urlaubsplanung abgelehnt wird, melden sich viele als Arbeitssuchende ab.

Erwerbslose sind prekär Beschäftigte

Das «Hartz-IV-System» ist schon lange kein Arbeitslosengeld- oder Sozialhilfesystem mehr. Vielmehr haben wir es mit einem System der prekären Beschäftigung zu tun, in dem die Menschen mal weniger oder mal mehr, mal kürzer oder länger beschäftigt werden.
Untersuchungen haben ergeben, dass weit mehr als die Hälfte der Leistungsbezieher*innen entweder sozialversicherungspflichtig erwerbstätig oder in anderen Formen wie zum Beispiel dem unbezahlten Scheinehrenamt beschäftigt sind. Wir lehnen unbezahlte Tätigkeiten von Erwerbslosen und Geflüchteten grundsätzlich ab.

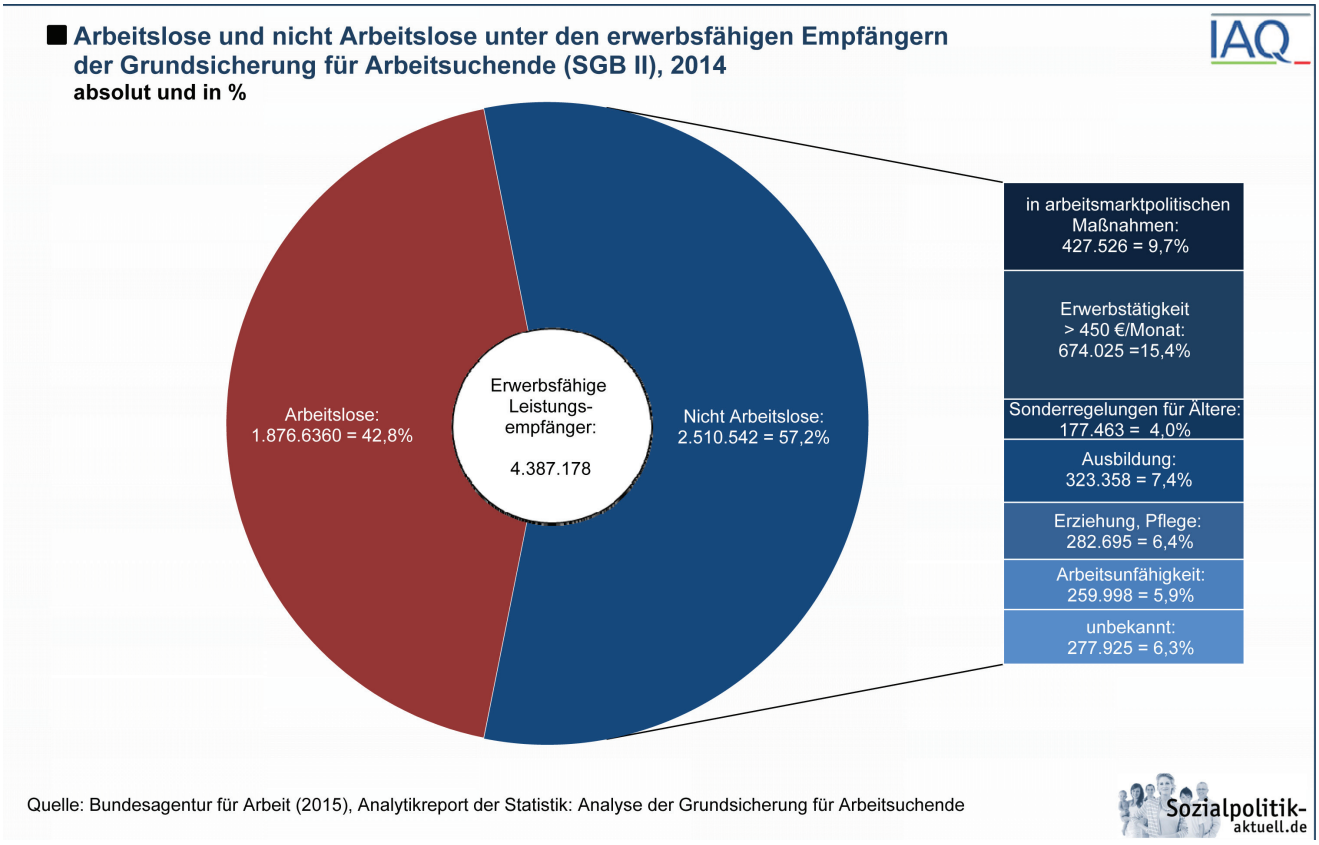

Foto: I.B.

Nuit Debout in Berlin: Jeden Mittwoch und Samstagabend treffen sich am Mariannenplatz Leute in Berlin.
Von ihrer Facebookseite:
«Am 31. März fing **Nuit Debout** an!
Bürger*innen, Arbeiter*innen, Menschen, wir haben unsere Regierungen satt, die von unserer sozialen und wirtschaftlichen Realitäten so weit weg sind, die sich so wenig um die Verteidigung unserer Freiheit und Grundrechte kümmern!
Wir besetzen den öffentlichen Raum.»

TIPPS

Alternativ zur Armutsindustrie der Tafeln gibt es in den Kiezen Lebensmittelretter:
https://foodsharing.de

Das feministische Frauengesundheitszentrum stellt Mappen mit Gesundheitsangeboten in Berlin zur Verfügung, außerdem ihre kostenlosen Gesundheitskurse für erwerbslose Frauen:
www.ffgz.de, Bamberger Str. 51, 10777 Berlin-Schöneberg.
Empfehlenswert sind auch Kurse für Frauen bei **Kobra**: www.kobra-berlin.de
Bei **Frau und Beruf**: www.frauundberuf-berlin.de sowie **Raupe und Schmetterling**:
www.raupeschmetterling.de

Die offenen Treffen der Erwerbslosen in ver.di finden regelmäßig im Monat jeden 2. und 4. Donnerstag in der Köpenicker Straße statt.
Ansprechpartnerinnen sind Ulla Pingel sowie Heike Wagner.
E-Mail: **ulla.pingel@gmx.de**
wagner.heike61@web.de.

Weitere Infos sind auf der Homepage:
http://erwerbslose-berlin.verdi.de
Unter dem Link ist auch die Beratung.

NUIT DEBOUT (deutsch: Nacht im Stehen) ist das Ergebnis einer wochenlangen Mobilisierung der Zivilgesellschaft gegen eine geplante Reform des französischen Arbeitsrechts. Seit Wochen besetzen tausende Pariser*innen nun schon den Place de la République in der französischen Hauptstadt. Die Menschenmenge, die jeden Abend am Platz der Republik in Paris steht, setzt sich vor allem aus Angestellten, Uniabgängern und Studenten, Arbeitern, Arbeitslosen und Gewerkschaftlern zusammen. Die Existenz diverser Arbeitsgruppen zeigt einerseits die Vielfalt der Themen, die von der Bewegung diskutiert werden und andererseits den starken Willen der Besetzer, etwas Konkretes aufzubauen. Hier sind auch die Treffpunkte des Klimakollektivs, der Gruppe für Perspektiven und Programme, Generalstreik, politische Ökonomie, Medientraining oder Aktionen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse und Arbeitslosigkeit. Diese Arbeitsgruppen treffen sich parallel zur Generalversammlung, die mehr als 6 Stunden am Stück dauerte.
(Quelle: www.cafebabel.de/politik/artikel/nuit-debout-nicht-nur-party-am-place-rep.html)

ZUM LESEN

SCHAMLAND

Stefan Selke wollte mit seinem Buch «Armen eine Stimme geben», denn oftmals fehle die Perspektive der Betroffenen.
Seit 2006 beschäftigt sich Stefan Selke mit der Frage, wie Armut im Reichtum möglich ist. «Armut im Reichtum ist ein Skandal», so Selke. Er hospitierte ein Jahr in einer Lebensmittelausgabe, erkundete die Innenperspektive dieser boomenden Hilfsorganisation und wurde nach und nach kritischer Beobachter dieses Systems sowie Tafelexperte.
Die Zivilgesellschaft müsse Versäumnisse des Sozialstaates kompensieren. Soziale Verantwortung werde an Freiwillige ausgelagert und die «Symptombehandlung von Armutsphänomen an Agenturen wie Tafeln, Suppenküchen und Kleiderkammern» delegiert. Armut sei kein Naturereignis, sondern politisch erzeugt und ökonomisch nützlich. Im Durchschnitt beträgt die Armutsquote in Deutschland rund 15 Prozent, das sind ca.12 Millionen Bürger.
Das Gefühl, nicht mehr mithalten zu können, löst Scham aus. Diese münde in Selbstabwertung und ruiniere das Selbstbewußtsein. Mit Scham ließen sich Menschen disziplinieren und ruhig stellen. Die Betroffenen versuchen sich konform zu verhalten, um ja nicht aufzufallen.
Tafeln seien ein Symbol des sozialen Abstiegs. «Tafeln machen uns krank.(...) Es geht um gebrochenen Stolz und um Abhängigkeiten. Um gefühlten Druck und zerschlissene Nerven.»
Die Tafelnutzer spüren die Abhängigkeiten. So «als hätten wir ein Schild um den Hals hängen: Füttern bitte! Beim Gang zur Tafel geht uns der aufrechte Gang verloren.»

Stefan Selke, Schamland, Die Armut mitten unter uns, Ullstein Berlin 2015, 288 Seiten, 9,99 Euro

V.i.S.d.P: Roland Tremper, ver.di Berlin
Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin